

WAHLPRÜFSTEINE – ZUR LANDTAGSWAHL 2022

UNSERE ANTWORTEN AN DEN LSVD NIEDERSACHSEN BREMEN

Niedersachsen tritt für die Akzeptanz von LSBTIQ* ein

1.1 Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass ein Aktionsplan zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Niedersachsen mit verbindlichen Maßnahmen auf den Weg gebracht wird und die LSBTIQ*-Community an seiner Erstellung auf Augenhöhe beteiligt wird?

Ja. Wir stehen entschlossen an der Seite der queeren Menschen und setzen uns für ein breiteres Verständnis in der Gesellschaft für queere Themen ein. Die SPD-geführte Landesregierung wird daher einen Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Queerfeindlichkeit unter Beteiligung der Community initiieren und diesen konsequent umsetzen.

1.2 Werden Sie sich dafür stark machen, dass die existierenden Beratungs- und Unterstützungsangebote für LSBTIQ* in Niedersachsen abgesichert und fachspezifische Angebote für trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen aufgebaut werden?

Ja. Ehrenamtliche Vereine, die sich aus der Community gebildet haben, bieten queeren Menschen einen diskriminierungsfreien Raum, in dem sie sich mit anderen queeren Menschen austauschen und vernetzen können. Zudem leisten diese Vereine einen sehr großen Teil der queeren Bildungsarbeit durch facettenreiche Veranstaltungen, Beratungsangebote, Lesungen, Vorträge und vieles mehr. Wir unterstützen diese ehrenamtlichen Strukturen und möchten sie aktiv stärken. Dafür unterstützen wir die Erhaltung bereits bestehender queerer Zentren sowie die Gründung neuer.

1.3 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Niedersächsische Landesverfassung in Artikel 3 Absatz 3 LSBTIQ*-inklusiv ausgestaltet wird? Wollen Sie sich außerdem auch im Bundesrat für eine Ergänzung von Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes einsetzen?

Ja. Wir setzen uns für die gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung und Sichtbarkeit der LSBTIQ*-Community in Niedersachsen ein. Dazu werden wir uns dafür einsetzen, den Artikel 3 Absatz 3 der Niedersächsischen Verfassung, um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität zu erweitern. Eine entsprechende Ergänzung plant die SPD-geführte Bundesregierung für Artikel 3 GG. Dieses Vorhaben unterstützen wir.

1.4 Werden Sie sich auf Bundesebene für die Ersetzung des demütigenden Transsexuellengesetzes durch ein Selbstbestimmungsgesetz einsetzen, dass die Akzeptanz von trans* und nicht-binären Menschen in den Mittelpunkt stellt?

Ja. Die SPD-geführte Bundesregierung hat das Selbstbestimmungsgesetz im Koalitionsvertrag festgeschrieben und arbeitet bereits an der Umsetzung. Wir unterstützen dieses Vorhaben.

2. Niedersachsen stellt sich gegen Hasskriminalität und für Diskriminierungsschutz

2.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in allen Polizeiinspektionen, sowie beim Landeskriminalamt, der Polizeiakademie sowie bei den Staatsanwaltschaften hauptamtliche Ansprechpersonen für LSBTIQ* eingerichtet sowie eine landesweite Meldestelle zu LSBTIQ*-feindlichen Straftaten anstoßen und niedrigschwellige Beratungsangebote für Betroffene geschaffen werden?

Wir stehen entschlossen an der Seite der queeren Menschen und setzen uns für eine konsequente Bekämpfung von Hasskriminalität in Niedersachsen ein. Dafür ist zunächst eine umfassende statistische Erfassung von Hasskriminalität notwendig, eine Stärkung der Strafzumessung im Strafgesetzbuch (StGB) sowie eine umfassende Sensibilisierung der Beamt*innen. Ferner werden wir bei Staatsanwaltschaften und Gerichten nach dem Vorbild der Polizei Niedersachsen LSBTIQ* - Ansprechpersonen benennen.

2.2 Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema LSBTIQ*-feindliche Hassgewalt als verbindliches Thema in die Ausbildung von Polizisten*innen aufgenommen und prüfungsrelevant wird sowie in den Aufstiegsfortbildungen für den Leitungsbereich fest verankert wird?

Ja. Wir wollen die Aufklärung und Sensibilisierung von Polizist*innen stärken. Nur Beamt*innen, die Hasskriminalität erkennen, ohne dass Opfer sich aktiv outen müssen, können sich angemessen verhalten und die Taten mit den entsprechenden Merkmalen in den Akten aufnehmen.

2.3 Wie wollen Sie LSBTIQ*-Geflüchtete vor Hassgewalt und Anfeindungen in und um Unterkünfte schützen und dafür sorgen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften und Beratungseinrichtungen zu den besonderen Bedarfen von und zum sensiblen Umgang mit LSBTIQ*-Geflüchteten fortlaufend geschult werden?

Ja. Wie andere vulnerable Gruppen auch, brauchen LSBTIQ-Geflüchtete speziellen Schutz. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bereits etablierte Schutzkonzepte etwa für alleinstehende Frauen oder Kinder auch auf queere Geflüchtete ausgeweitet werden. Eine verstärkte Sensibilisierung der Mitarbeitenden, des Sicherheitspersonals und der Polizei ist im Rahmen der Stärkung der interkulturellen Kompetenz vorgesehen. Analog zur Weiterbildung der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, werden auch Inhalte zur Sensibilisierung im Umgang mit queeren Geflüchteten weiter ausgebaut.

3. Respekt und Vielfalt in Schule und Bildungsarbeit

3.1 Wie wollen Sie LSBTIQ*-Themen in die Rahmenlehrpläne, Richtlinien, Rahmenrichtlinien, Kerncurricula aller Schularten verankern und für eine fächerübergreifenden Thematisierung Sorgen?

Ja. Unsere Gesellschaft ist bunt und vielfältig, so sind es auch Kinder und Jugendliche. Leider ist sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Vielfalt oft ein Grund für Mobbing und Diskriminierung in Schulen. Deshalb stehen wir dafür ein, queere Realitäten in der Bildung aktiv zu verankern und Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte systematisch für queere Themen zu sensibilisieren sowie proaktiv weiter- und fortzubilden. Wir setzen uns mit gezielten Maßnahmen für ein breiteres Verständnis in der Gesellschaft für queere Themen ein.

3.2 Welche Ideen haben Sie, um sicherzustellen, dass vielfaltsabbildende Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte und Erziehende im Vorschulbereich, sowie in der Sekundarstufe 1 und 2 angeboten werden?

Die SPD-geführte Landesregierung hat in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass Vielfaltsthemen eine angemessene Rolle im Schulunterricht spielen müssen. Unsere Schulbücher müssen die Lebenswelt der Schüler*innen widerspiegeln. Gesellschaftliche Vielfalt muss vermittelt sowie in besonderem Maße sexuelle Diskriminierung und gesellschaftlichen Stereotypen entgegenwirken. Für uns als SPD ist es eine Selbstverständlichkeit, dass unsere Schulbücher und Lerninhalte unsere Lebensrealität in jeder Hinsicht abbilden und zum Unterrichtsthema machen, sei es die Homo, Hetero oder Bisexualität.

3.3 Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog*innen Eingang findet und verpflichtende Seminare und Module regelmäßig angeboten werden?

Ja. Wir verweisen auf unsere Antwort auf Frage 3.1.

3.4 Wie werden Sie die auskömmliche Finanzierung queerer Bildungsprojekte und -einrichtungen sicherstellen?

Wir werden uns auch weiterhin für eine bedarfsgerechte Finanzierung queerer Bildungsprojekte und -einrichtungen im Rahmen der Haushaltsberatungen einsetzen.

4. Regenbogenfamilien stärken – Familienvielfalt wertschätzen

4.1 Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in den Regelstrukturen der Familienhilfe oder des Familienalltags in Niedersachsen weiter zu fördern und zu verankern?

Wir werden weiterhin konsequent die bereits bestehenden Angebote und Maßnahmen unterstützen und ausbauen. Die Pläne der Bundesregierung einer stärkeren Sichtbarkeit von Regenbogenfamilien in der Familienpolitik unterstützen wir. So bietet beispielsweise die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiierte online-Plattform "Regenbogenportal" ein vielfältiges und breites Informationsangebot für Familien und Fachpersonal an.

4.2 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien in Kindertagesstätten, Schulen und Verwaltungen berücksichtigt und akzeptiert werden?

Wir wollen Regenbogenfamilien stärken und Sichtbarkeit schaffen. In der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten werden wir Diversität als Thema verstärkt integrieren. Die Aus- und Fortbildung unseres pädagogischen Personals zur Sensibilisierung haben wir bereits in Punkt 3.1 angesprochen.

4.3 Werden Sie sich im Bundesrat für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts stark machen, um die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Ursprungsfamilien zu beenden und Mehrelternfamilien, trans*, intergeschlechtlichen sowie nicht-binären Eltern rechtliche Anerkennung zu verschaffen?

Ja. Wir unterstützen die Pläne der Bundesregierung, die sich die rechtliche Absicherung von LSBTIQ*-Familien zum Ziel gesetzt hat, indem auch Regenbogenfamilien und in der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen/Lebenspartnerschaften in allen Mitgliedsstaaten und mit allen Rechtsfolgen anerkannt werden.

5. Niedersachsen stärkt junge und ältere LSBTIQ*

5.1 Wie werden Sie Jugendliche und junge Erwachsene im Coming-out unterstützen und die Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe sowie -arbeit in diesem Bereich professionalisieren?

Wir setzen uns für die Förderung von Angeboten der Jugendarbeit ein, in denen queere Jugendliche und junge Erwachsene ohne Sorge vor Diskriminierung ihre Freizeit verbringen und Unterstützung erfahren können. Gleichzeitig unterstützen wir Maßnahmen, durch welche Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe noch stärker für die besonderen Belange der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sensibilisiert und geschult werden. Die Förderung der Jugendverbände werden wir fortsetzen.

5.2 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Mitarbeitenden in den Einrichtungen der Altenhilfe und -pflege bereits in ihrer Ausbildung verbindliche Ausbildungsmodule zum Thema „sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Alter“ durchlaufen und die Sensibilität der Fach-, Hilfs- und Verwaltungskräfte erhöht wird?

Die Sensibilisierung zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Alter halten wir auch für Beschäftigte in Einrichtungen der Altenhilfe- und -pflege für geboten. Darüber hinaus setzen wir uns für Beratungsangebote ein, die Beschäftigte in der Pflege und ihre Einrichtungen für dieses Thema sensibilisieren und bei entsprechenden Fragestellungen unterstützen können.

5.3 Wie würden Sie zukünftig Modellprojekte unterstützen, die zielgruppenspezifische Wohngemeinschaften für alte und pflegebedürftige LSBTIQ* in Niedersachsen etablieren wollen?

Konkreten Ideen für Modellprojekte, um zielgruppenspezifische Wohngemeinschaften für alte und pflegebedürftige LSBTIQ* in Niedersachsen zu etablieren wollen, stehen wir offen gegenüber.

6. Regenbogenkompetenz im Sport erhöhen

6.1 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Thema „Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten“ auch in Sportvereinen, Landesfachverbänden, Kreis- und Stadtsportbünden sowie weitere Sportinstitutionen ankommt?

Wir werden die Toleranz und Akzeptanz von sexueller, ethnischer und geschlechtlicher Vielfalt im Sport weiter fördern und Projekte zur Aufklärung und Sensibilisierung von Akteuren im niedersächsischen Breitensport weiterhin unterstützen.

6.2 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Niedersächsische Sportförderungsgesetz (NSportFG) LSBTIQ*-inklusiv ausgestaltetet, die Förderung der Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt explizit benannt wird, sowie Maßnahmen, Kampagnen und Programme, die demokratie- und minderheitenfeindlichen Einstellungen im Sport entgegenwirken, gefördert werden?

Ja.

6.3 Wie wollen Sie die den Beschluss der Sportminister*innenkonferenz „Bremer Erklärung zur sexuellen Vielfalt und geschlechtlichen Identität im Sport“ in Niedersachsen konkret umsetzen?

Mit dem “Bremer Erklärung zur sexuellen Vielfalt und geschlechtlichen Identität im Sport” sind im November 2020 Handlungsempfehlungen der Sportminister*innenkonferenz an den organisierten Sport in Vereinen und Verbänden zur Stärkung und gleichzeitigen Sensibilisierung für die Belange queerer Menschen im Sport herangetragen worden. Wir begleiten und unterstützen die Verbände und Vereine bei der Umsetzung, welche in deren Verantwortlichkeit liegt.

7. Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

7.1 Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fach- und Hilfskräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?

Sensibilität im Umgang mit Personen, die eines besonderen Schutzes bedürfen, ist ein fundamentaler Grundsatz ärztlichen Handelns. Aus unserer Sicht ist selbstverständlich, dass dieses Thema im Medizinstudium einen sehr hohen Stellenwert einnimmt. In der Universitätsmedizin Göttingen sowie die Medizinische Hochschule Hannover sind die Themen Geschlechtsinkongruenz und Transgesundheit bereits fest in der Lehre verankert.

Die Ärztekammer Niedersachsen bietet darüber hinaus verschiedene Fortbildungen rund um das Thema Intersexualität für Ärztinnen und Ärzte an und hat die Zusatz-Weiterbildung Sexualmedizin in ihre Weiterbildungsordnung aufgenommen.

In der im Jahr 2014 begonnene Kampagne „Für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ in Niedersachsen“ wurden Diskriminierungserfahrungen und Interessenlagen von trans* Menschen berücksichtigt. Die Handlungsempfehlungen unter dem Schwerpunktthema „Gesundheit“ umfassen auch medizinische Behandlungen von trans* Menschen sowie Ausbildungen und Qualifizierungen zu geschlechtlicher Vielfalt im Gesundheitsbereich.

Die SPD Niedersachsen wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass es entsprechende Kampagnen und Angebote gibt.

7.2 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „kultursensibler Umgang mit LSBTIQ*-Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen verpflichtend integriert wird?

Wir verweisen auf unsere Antwort auf Frage 7.1.

7.3 Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für transgeschlechtliche Menschen zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?

Wir setzen uns gegen Diskriminierung und Ausgrenzung transgeschlechtlicher Menschen auf allen Ebenen der Gesellschaft ein. Das beinhaltet auch eine selbstbestimmte und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung. Wir wollen, dass trans-, inter- und nicht binäre Menschen im Recht gleichbehandelt werden. Die überfällige Abschaffung des Transsexuellengesetzes sowie die geplante Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes durch die Ampel-Koalition auf Bundesebene begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich.

Unabhängig davon haben wir uns in der laufenden Legislaturperiode im Rahmen einer Enquetekommission intensiv mit der Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Niedersachsen auseinandergesetzt und bereits erste Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Versorgungslücken in der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung zu schließen, gerade im ländlichen Bereich. Diesen Weg werden wir in der kommenden Legislatur im Sinne der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission weitergehen und dabei auch die diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung transgeschlechtlicher Menschen mit in den Blick nehmen.

7.4 Werden Sie sich für die auskömmliche Finanzierung und den Fortbestand von Beratungsangeboten im Bereich HIV/AIDS und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten einsetzen?

Beratungsangebote im Bereich HIV/AIDS sind auch in Niedersachsen unerlässlich. Wie bereits in der Vergangenheit werden wir diese auch weiterhin unterstützen und finanziell absichern. Das haben wir auch im Rahmen der Beratungen für den Doppelhaushalt 2022/2023 deutlich gemacht, indem wir zusätzliche Mittel für die Aidshilfe Niedersachsen über die politische Liste bereitgestellt haben.